

Thüringen sagt Ja zu Kindern



2007 startete der Thüringer Landtag in Kooperation mit Antenne Thüringen, der Thüringischen Landeszeitung, dem Thüringer Sozialministerium sowie dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Thüringen die Spendenaktion „Thüringen sagt Ja zu Kindern“. In der Vorweihnachtszeit 2009 riefen die Projektpartner zum dritten Mal gemeinsam dazu auf, mit einer Spende Kinderhilfsprojekte in Thüringen zu unterstützen – mit sensationellem Ergebnis: Trotz Wirtschaftskrise kam eine Rekordsumme von 126.456,12 Euro zusammen. Landtagspräsidentin Birgit Die-

zel, Schirmherrin der Aktion, freute sich über die große Zahl an Spendern: „Die rege Beteiligung zeigt, wie wichtig den Thü-

riern, sondern trägt darüber hinaus dazu bei, die Öffentlichkeit für die Belange junger Menschen zu sensibilisieren. Allen



ringerinnen und Thüringern der Kinderschutz ist. Die Aktion hilft nicht nur den geförderten Pro-

jekten, sondern trägt darüber hinaus dazu bei, die Öffentlichkeit für die Belange junger Menschen zu sensibilisieren. Allen Beteiligten gilt mein ganz herzlicher Dank!“ Die gesammelten Spenden wurden am 9. Febru-

ar 2010 an sieben ausgewählte Kinder- und Jugendschutzprojekte übergeben. Empfänger waren die Kinderehemaligenengruppe des Frauenhauses Meiningen, der Streetwork e.V. in Gera, der Kinderschutzdienst Sonneberg, der Freizeittreff des Horizont e.V. in Bleicherode, die Kinderarche in Tröbnitz, das Projekt Föbi Gotha – Familien leben und der Kinderschutzdienst Känguruh in Apolda. Die Aktion „Thüringen sagt Ja zu Kindern“ hat in den letzten drei Jahren bereits 20 Kinder- und Jugendschutzprojekte unterstützt und so dafür gesorgt, dass die bedachten Einrichtungen ihre Arbeit verbessern bzw. fortsetzen konnten.

Aus dem Plenum

Auf der Tagesordnung der Thüringer Parlamentarier stand in den Plenarsitzungen vom 24. bis 26. Februar 2010 unter anderem die Debatte zum Thüringer Haushaltsgesetz 2010, das von der Landesregierung als Entwurf in den Landtag eingebracht wurde. Der Landeshaushaltsplan legt den Finanzbedarf fest und bildet die Grundlage für die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes. Zudem ermächtigt er die Verwaltung, Einzahlungen anzunehmen, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen. Der Etat sieht Mehrausgaben in Höhe von rund 600 Millionen Euro im Vergleich zu 2009 vor. In diesem Zusammenhang wurde auch der Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer Finanzaus-

gleichgesetzes erstmalig beraten. Aufgrund des sich wandelnden Finanzbedarfs der kommunalen Verwaltungen unterliegt das bisherige Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen einer verfassungsgerichtlich festgelegten Befristung. Eine Neuregelung ist daher obligatorisch.

In die zweite Beratung ging das Zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes, für das ein Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE sowie ein Entwurf der Landesregierung vorlagen. Letzterer wurde in der Schlussabstimmung mit Mehrheit angenommen. Damit ist die Wiedereinführung von Stichwahlen bei Bürgermeister- und Landratswahlen durch den Thüringer Landtag beschlos-

sen. Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN legte einen Entwurf zur Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes vor, der in der Plenarsitzung am 25. Februar erstmalig beraten wurde. Der Gesetzentwurf sieht vor, das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre abzusenken.

Der Landtag beriet in seiner dreitägigen Sitzung außerdem das Gesetz zur Stärkung der Interessenvertretung von Seniorinnen und Senioren, das Zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Tierseuchengesetzes sowie das Thüringer Gesetz zum 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Themen des Plenums waren darüber hinaus die Errichtung der 380-kV-Hochspannungstrasse durch den Thüringer Wald, die Umsetzung der UN-Kon-

vention über die Rechte behinderter Menschen und die Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung der Lutherdekade und des Reformationsjubiläums. Eine vollständige Übersicht der behandelten Tagesordnung ist in der Parlamentsdokumentation unter: <http://www.thueringer-landtag.de/einsehbar>.

Auch die Wahl des Beirats beim Landesbeauftragten für den Datenschutz fand im Rahmen des zurückliegenden Plenums statt. Laut § 41 des Thüringer Landesdatenschutzgesetzes bestellt der Landtag sechs Mitglieder und deren Stellvertreter, darunter den Vorsitzenden des Beirats. Den Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU, der LINKEN und der SPD wurde mit Mehrheit zugestimmt.

Der kanadische Botschafter in Berlin, S.E. Peter Michael Boehm, stattete am 10. Februar 2010 Landtagspräsidentin Birgit Diezel seinen Antrittsbesuch ab. Hauptgesprächsthema war die Reise thüringischer Parlamentarier nach Kanada vom 17. bis 23. Februar 2010. +++ Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Michael Lippert vom Institut für Energiewirtschaftsrecht, das die Kompetenzen von Rechts-, Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Bauhaus-Universität Weimar sowie der Technischen Universität Ilmenau bündelt, übergab Landtagspräsidentin Birgit Diezel am 16. Februar 2010 den ersten Band „Energieeffizienz im Wohnungsbestand durch Contracting“ der neuen Schriftenreihe des Instituts. Für die Arbeit des Juristischen Dienstes der Landtagsverwaltung stellen die Forschungen des Instituts eine hilfreiche Grundlage dar. +++ Der Justizausschuss des Thüringer Landtags besuchte im Rahmen seiner Sitzung am 19. Februar 2010 die Justizvollzugsanstalt Hohenleuben. Gemeinsam mit Justizminister Dr. Holger Poppenhäger (SPD) und Staatssekretär Prof. Dr. Dietmar Herz informierte er sich über die arbeits- und bildungstherapeutische Beschäftigung der Gefangenen sowie deren medizinischer Versorgung.

Landtag ist Notinsel

Auf Initiative des Mitmenschen e.V. Erfurt ist der Thüringer Landtag seit dem 26. Februar 2010 eine Notinsel für Kinder, die sich in bedrohlichen Situationen befinden und Hilfe benötigen. Vertreter des Vereins brachten das Notinsel-Zeichen gemeinsam mit Landtagspräsidentin Birgit Diezel am Hauptingang des Thüringer Landtags an. Hilfesuchende Kinder

können sich hier unmittelbar an das rund um die Uhr anwesende Wachpersonal des Landtags wenden.



„Das klare, einprägsame Logo der Notinseln ist in Thüringen schon über 500 Mal zu finden. Für mich ist es nicht nur das Erkennungszeichen für Kinder in Notsituationen, sondern auch ein Aufruf zu bürgerschaftlichem Engagement und Zivilcourage an uns Erwachsene“, sagte Frau Diezel bei der Übergabe.



Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Verkehr

In öffentlicher Sitzung informierte der Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn AG für den Freistaat Thüringen, Gerold Brehm, am 17. Februar 2010 den Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Verkehr über die Problematik der Verspätungen im öffentlichen Personennahverkehr. Zu geringe Werkstattkapazitäten seien verantwortlich für die Verzögerung bei der Behebung technischer Probleme, die zum Abschalten der Neigetechnik der Züge zwangen. Frühestens zum Jahresende werde die Bahn diese Technik wieder zuschalten. Die bis dahin auftretenden Verspätungen seien

allerdings geringfügig. Thema der Ausschusssitzung war ebenfalls die Entwicklung der Flughäfen Erfurt und Altenburg aus verkehrspolitischer und wirtschaftlicher Perspektive. Neue Studien im Auftrag des zuständigen Ministeriums sollen Aufschluss über die aktuelle Situation geben. Ferner verzichtet die Landesregierung auf einen Einstieg als Gesellschafter beim Flughafen Leipzig-Altenburg. Die Ausschussvorsitzende Sabine Dohr (SPD) unterstützte diese Haltung: „Die Sicherung der ÖPNV auf dem Lande hat angesichts knapper öffentlicher Mittel allemal Vorrang.“

Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit

Auf der Tagesordnung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit stand am 18. Februar 2010 u. a. die Umstrukturierung des kassenärztlichen Notfalldienstes. Regina Feldmann, 1. Vorsitzende des Vorstands der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen (KVT), verteidigte die von ihrer Organisation geplante Umstrukturierung. Die flächendeckende ambulante Versorgung außerhalb der Sprechzeiten sei durch den demografischen Wandel innerhalb der Thüringer Ärzteschaft gefährdet. Deshalb sollten ambulante Notfalldienstpraxen an einzelnen

Krankenhäusern zukünftig für eine ausreichende Abdeckung in den Landkreisen sorgen. Die Landkreise, in denen die Umstrukturierung bereits vollzogen sei, hätten gute Erfahrungen gemacht.

Neben der Kostenfrage war für die Ausschussmitglieder der konkrete Nutzen der Umstrukturierung für Patienten und Ärzte besonders wichtig. Die Vorsitzende Beate Meißner (CDU) betonte, dass sich der Gesundheitsausschuss auch weiterhin daran beteiligen werde, „die Probleme, die der demografische Wandel bei den Patienten und der Ärzteschaft verursacht, zu lösen“.

Ausstellungen

„KulturLandschaft Thüringen“

Am Rande der zwölften Plenarsitzung am 25. Februar 2010 eröffnete Landtagspräsidentin Birgit Diezel gemeinsam mit dem Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Christian Carius (CDU), die Wanderausstellung „KulturLandschaften“ im Foyer des Thüringer Landtags. Eine Einführung in die Ausstellung gaben Prof. Dr. Max Welch Guerra, Gesamtleiter des Projekts und Inhaber des Lehrstuhls für Raumplanung und Raumforschung der Bauhaus-Universität Weimar, sowie der Präsident der Fachhochschule Erfurt, Prof. Dr.-Ing. Heinrich H. Kill.

Die Ausstellung ist ein Kooperationsprojekt der Bauhaus-Universität Weimar, der Fachhochschule Erfurt, der Friedrich-Schiller-Universität Jena und des Bauhaus-Transferzentrums DESIGN. Als medial auf-

bereitetes Ergebnis einer Studie möchte die Ausstellung darauf hinwirken, Thüringen nicht als bloße Addition von Städten und Dörfern, Naturschutz- und

der Informationstafeln, der Exponate und eines Interaktionsportals soll vielmehr deutlich werden, dass all diese Elemente eine „integrierte Kulturland-

ein direktes Produkt menschlichen Handelns ist, stellt sie zugleich ein Spiegelbild kultureller Werte dar. Insofern will die Ausstellung die Thüringer Kulturlandschaft in all ihren Facetten sichtbar machen. Über die kulturwissenschaftliche Dimension hinaus bezieht sie auch historische, planerische, demografische und ökonomische Perspektiven ein. Landtagspräsidentin Birgit Diezel verwies darauf, dass es gerade die große Vielfalt sei, die den unverwechselbaren Reiz Thüringens ausmache. Die Thüringer Kulturlandschaft sei ein großes historisches Erbe, das es zu erhalten und weiterzuentwickeln gelte.



Industriegebieten, Wegen und Straßen, Bergen, Tälern und Gewässern zu betrachten. Anhand

schaft“ darstellen, wie Bauminister Carius betonte. Da die Landschaft immer auch

Die Ausstellung ist bis zum 12. April 2010, Montag bis Freitag von 8.00 bis 18.00 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei.

CDU bringt Sportinitiative für Kinder und Jugendliche auf den Weg Freizeit- und Leistungssportbereich im Fokus der Politik

Zwölf Medaillen hatten die Thüringer Athleten bei ihrer Rückkehr von den Olympischen Winterspielen in Kanada im Gepäck. So sorgten die Sportler aus dem Freistaat wie seit Jahren bei Olympia und vielen anderen internationalen Wettbewerben für Furore und rührten damit auch kräftig die Werbetrommel für das Sportland Thüringen. Damit das so bleibt, zukünftig noch mehr Thüringer auf dem Siegereck stehen und auch der Breitensport gefördert wird, hat die CDU-Landtagsfraktion eine Initiative zur Sportförderung auf den Weg gebracht. Die CDU setzt sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in Thüringen künftig mehr und intensiver Sport treiben und der Freizeit- und Leistungssportbereich mehr Aufmerksamkeit bekommt. Dazu hat die CDU mit ihrem Koalitionspartner SPD einen Antrag eingebracht, den der



Landtag in seiner letzten Sitzung beschlossen hat. Die Landesregierung ist nun aufgefordert, die Rahmenbedingungen für tägliche außerschulische Angebote zu verbessern. Die Zusammenarbeit zwischen Kindergärten, Schulen und Sportvereinen soll intensiviert und

geltliche Nutzung von öffentlichen Sportanlagen sei deshalb ein wichtiger Baustein für mehr sportliche Betätigung der jüngsten Thüringer. Für eine noch bessere Förderung besonders begabter Kinder und Jugendlicher wird laut Grob eine Vereinbarung mit dem Landessportbund und dem Olympiastützpunkt Thüringen geschlossen. Dabei soll die Einbeziehung hauptberuflicher Trainer für die Begabtenförderung künftig eine noch größere Rolle spielen.

Die Qualität der Sportkonzepte regelmäßig überprüft werden. „Insbesondere für Kinder und Jugendliche stellt der Sport ein wesentliches Element zum Erlernen sozialer Kompetenzen wie Teamgeist, Toleranz, Fairness oder Leistungsbereitschaft dar“, sagte der CDU-Sportpolitiker Manfred Grob. Die unent-

Der Landes-sportbund Thüringen und seine Mitgliedsorganisationen können auch künftig auf eine verlässliche Finanzierung bauen. Die Regierung wird sich an den finanziellen Regelungen der Jahre 2008 und 2009 orientieren und - wie bisher - dafür Erlöse aus der staatlichen Lotteriederziehen.

Aktuelle Umfrage zu Langzeitstudenten

In einer aktuellen Umfrage auf der Internetseite der CDU-Fraktion haben sich 62,3 Prozent der Teilnehmer für die Beibehaltung von Langzeitstudiengebühren für Studierende ausgesprochen, die ihre Regelstudienzeit wesentlich überschreiten. 37,7 Prozent lehnten die Gebühren für Langzeitstudenten ab. „Das Instrument der Langzeitstudiengebühren hat sich bewährt. An der größten Universität des Landes ist trotz gestiegener Studentenzahlen die Anzahl der Langzeitstudenten nach Einführung der Langzeitstudiengebühren kontinuierlich zurückgegangen“, sagte dazu der CDU-Hochschulexperte Dr. Mario Voigt. Er halte ein gebührenfreies Studium in Thüringen für richtig und Langzeitstudiengebühren für notwendig. „Denn für mich gilt ein Grundsatz: Lebenslanges Lernen ist Pflicht, lebenslanges Studentsein auf Kosten der Gemeinschaft nicht“, so Voigt. Die große Mehrheit der Steuerzahler erwarte, dass die Studierenden zügig studierten. Für besondere Härtefälle gebe es entsprechende Ausnahmeregelungen.

Ohne Aufgabenkritik droht Handlungsunfähigkeit CDU-Fraktion will Neuverschuldung senken

Mit einer konsequenten Aufgabenkritik in diesem Jahr müssen die Ausgaben des Freistaats in den Haushalten ab 2011 an die künftige Einnahmeentwicklung angepasst werden. Das hat der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike



Mohring (im Bild) zur ersten Lesung des Landeshaushalts gesagt. Er forderte die Fraktionen des Landtags auf, in den Haushaltsberatungen die mit 880 Millionen Euro veranschlagte Neuverschuldung zu senken.

Insgesamt eröffnet der Haushaltsentwurf laut Mohring die Möglichkeit, der Wirtschaftskrise durch Investitionen offensiv zu begegnen und erste Vorhaben der Regierungskoalition umzusetzen.

Der Fraktionsvorsitzende umriss die Herausforderungen, vor denen das Land mit den zurückgehenden Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich, dem Solidaripakt und EU-Mitteln stehen wird. Seit 1991 hat der Freistaat 47 Milliarden Euro Hilfen aus dem Fonds Deutsche Einheit, dem Länderfinanzausgleich und den Solidaripakten I und II erhalten, Gelder, die in Zukunft größtenteils entfallen werden. Mohring verwies ergänzend auf die demographische Entwicklung, die dazu führen wird, „dass die Schuldenlast, die wir jetzt aufürmen, sehr schnell von immer weniger Schultern getragen werden muss“.

Tourismus soll im Vessertal weiterentwickelt werden Diskussionsprozess mit vielen Beteiligten

Das Vessertal soll touristisch weiterentwickelt und gefördert werden. Darauf machte der CDU-Forstexperte Egon Primas (im Bild) aufmerksam und kündigte eine Informationsveranstaltung Ende März in der Re-



gion an. „Wir wollen im Vessertal zeigen: Wir Thüringer stellen uns dem Klimawandel, wir betreiben Waldumbau nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Wenn ich Touristen auf die Region aufmerksam ma-

chen will, brauche ich ein Alleinstellungsmerkmal. Der Waldumbau bietet es“, sagte Primas. Die CDU-Landtagsfraktion hatte angekündigt, in einen Diskussionsprozess mit möglichst vielen Beteiligten eintreten zu wollen. „Dabei wollen wir prüfen, welche Voraussetzungen wir schaffen können, damit wir unser Ziel erreichen, Tourismus in die Region zu bringen“, so der CDU-Politiker. Ziel sei es nicht, das Biosphärenreservat in eine von Geboten, Verboten und weitreichenden Beschränkungen bestimmte Schutzlandschaft umzugestalten.

**Die CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag**
Geschäftsstelle
Tel.: 0361 37 72201
Fax: 0361 37 72414
www.cdu-landtag.de

Dem braunen Ungeist wurde die rote Karte gezeigt Gemeinsame Fraktionssitzung der LINKEN vor Ort in Dresden

Als einen „guten Tag für die Demokratie“ hatte der Vorsitzende der Thüringer Linksfraktion den 13. Februar mit den Protesten gegen den Naziaufmarsch in Dresden bezeichnet. „Mit vereintem zivilen Engagement demokratischer Bürgerinnen und Bürger wurde dem braunen Ungeist die rote Karte gezeigt“, betonte Bodo Ramelow. „Es wurde verhindert, dass die Nazis diesen Tag der Erinnerung für ihre Zweckmissbrauchen konnten. Mit verschiedenen Protestformen wurde fantasievoll und friedlich gezeigt, dass da kein Platz ist für Rassismus, Antisemitismus und die unerträgliche Umdeutung von Schuld.“ Die Abgeordneten der Thüringer Landtagsfraktion waren zusammen mit den LINKEN-Landtagsabgeordneten aus Hessen, mit denen sie sich am Vor-



tag zu einer gemeinsamen Fraktionssitzung im Erfurter Landtag getroffen hatten, und hunderten Thüringern aus allen Regionen des Landes nach Dresden gefahren. Am Neustädter Bahnhof hatten sie sich gemeinsam mit sächsischen und Brandenburger Landtagsabgeordneten sowie Bundestagsabgeordneten der LINKEN zu einer Fraktionssitzung unter freiem Himmel versammelt und über Stunden die Marschroute der Nazis blockiert. Dass dieses couragierte Verhal-

ten kriminalisiert werden soll – mit Verfahren, die teilweise auf Anzeigen von Rechtsextremisten basieren! – hat große öffentliche Empörung hervorgerufen. Der Thüringer Landtag hatte sich jetzt auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem von der Landesregierung angekündigten Programm für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen beschäftigt. Dabei hatte die Innenpolitikerin der Linksfraktion, Martina Renner, den Kern der dringend notwendigen gemeinsamen Anstrengungen betont: rassistischen, nationalistischen, antidemokratischen und antisemitischen Einstellungen nachhaltig zu begegnen. Es gehe hier „nicht um Symbolpolitik, sondern um tatsächlich wirksame Maßnahmen“.

Kommunalkampagne gegen verfehlte Finanzpolitik Haushaltslöcher können Kommunen nicht aus eigener Kraft schließen

„Die wachsende Zahl von Schlaglöchern auf Thüringens Straßen ist nicht nur Ausdruck eines strengen Winters, sondern auch der Krise der kommunalen Haushalte. Wobei die Haushaltslöcher von vielen Kommunen nicht aus eigener Kraft geschlossen werden können“, betonte Bodo Ramelow vor dem Großplakat der Linksfraktion. Es war am 25. Februar vor dem Thüringer Landtag, der sich in erster Lesung mit dem Landeshaushalt und dem kommunalen Finanzausgleich befasste, aufgestellt worden. Die Links-



fraktion gab damit den Start für ihre landesweite Kommunalkampagne. „Kommunen in Not – genug gekürzt!“, mit der sie die verfehlte Landespolitik auf Kosten der Thüringer Kommunen thematisiert, mit den Betrof-

fenen das Gespräch sucht und eigene Konzepte gegen die Finanzmisere vorstellt. Nach Berechnungen der LINKEN wurden den Thüringer Kommunen durch Steuerrechtsänderungen des Bundes seit 1999 rund eine Milliarde Euro entzogen. An diesen Entscheidungen war die Landesregierung im Bundesrat stets beteiligt. Durch politisch fahrlässige Entscheidungen der Regierungskoalition zum kommunalen Finanzausgleich werden den Thüringer Kommunen 2010 nochmals 888 Millionen Euro vorenthalten.

SPD hat Bürgermeister-Stichwahlen dem Koalitionsfrieden geopfert

„Die Landesregierung und CDU und SPD tragen die Verantwortung dafür, dass in Thüringer Kommunen die Bürgermeisterwahlen in diesem Jahr ohne

Stichwahlen stattfinden werden“, kritisierte der Kommunalpolitiker der Landtagsfraktion DIE LINKE, Frank Kuschel. Die SPD habe sich auch in dieser Frage von der CDU hinteres Licht führen lassen. „Dabei hatte die Linksfraktion mit ihrer Gesetzesinitiative im November der Regierungskoalition eine Brücke gebaut. Damit hätte die Wiedereinführung der Stichwahlen noch rechtzeitig gesetzlich geregelt werden können. Doch die SPD hat sie einem fragwür-

digen Koalitionsfrieden geopfert. Die Dummen sind jetzt wieder einmal die Bürger, denen die Möglichkeit der Stichwahlen genommen wird“, betonte der Abgeordnete. Offenbar habe die Regierungskoalition auch bei den Landräten mit CDU- oder SPD-Parteibuch wenig Rückhalt, wenn sie bereits vor Abschluss des laufenden Gesetzgebungsverfahrens die Wahltermine festsetzten, obwohl sie bis Mitte März hätten abwarten können.

DIE LINKE unterstützt Vorschläge von „Mehr Demokratie in Thüringen“

Zu den Vorschlägen von „Mehr Demokratie in Thüringen“ zu besserer Bürgerbeteiligung in Gesetzgebungsverfahren erklärte Bodo Ramelow: „Alle Fraktionen – einschließlich der CDU – sollten sich damit ernsthaft auseinandersetzen. Diese Initiative sollte Teil einer vom gesamten Parlament getragenen Demokratie-Offensive in Thüringen werden. DIE LINKE wird die Empfehlungen bei der Novellierung der Geschäftsordnung des Landtages als Änderungsanträge einbringen.“ Schließlich würden sie sich mit der langjährigen Praxis der Linksfraktion decken, betroffene Bürger und Interessenvertreter intensiv in die Erarbeitung von Gesetzen und anderen Initiativen einzubinden. „Die Vorschläge von ‚Mehr Demokratie‘ werden dazu beitragen, die Qualität der Gesetzgebung erheblich zu verbessern. Die Transparenz der Verfahren wird deutlich erhöht sowie Sach- und Fachverstand der Menschen intensiv mit einbezogen.“

Mahnwache gegen Hinhaltetaktik

Die Linksfraktion hat die am Landtag in Erfurt fortgeführte Mahnwache des Thüringer Blinden- und Sehbehindertenverbandes unterstützt: „Es zählen keine Versprechungen, es zählt das, was im Gesetz festgeschrieben wird“, sagte die behindertenpolitische Sprecherin, Karola Stange, und forderte, dass das in Thüringen gezahlte, bundesweit niedrigste Blindengeld auch tatsächlich erhöht wird.



Fraktion.DIE LINKE
im Thüringer Landtag
Geschäftsstelle
Tel.: 0361 37 72300
Fax: 0361 37 72416
www.die-linke-thl.de

Erdbeben auf Haiti: SPD-Abgeordneter sammelt über 4000 Euro

Mehr als 4000 Euro kann SPD-Landtagsabgeordneter Matthias Hey (Foto Mitte) auf ein Spendenkonto der Organisation PLAN International für die Erdbebenopfer in Haiti überweisen. Angesichts der Katastrophe entschloss sich der Landtagsabgeordnete spontan, die Gothaer zum Helfen aufzurufen; er selbst organisierte ein Benefizkonzert in einem Gothaer Lokal. 1630 Euro kamen allein an Eintrittsgeldern zusammen. Eine bekannte Brauerei über-



gab ca. 600 Euro, die sie für die Getränke eingenommen hatte. Nicht nur die erwachsenen Gothaer, auch die Kinder des Städtchens sammelten mit für Haiti. Bei einem Kuchenbasar in einer Kita in Gotha/Sundhausen

kamen über 400 Euro zusammen. Auch eine in Gotha ansässige Unfallkasse unterstützte die Aktion. Hey ist stolz auf seine hilfsbereiten Mitbürger. Es ist nicht das erste Mal, dass der Vater eines Sohnes auf die Unterstützung seiner Mitbürger bauen kann: Schon während des Krieges in Bosnien-Herzegowina rief er dazu auf, unverschuldet in Not geratenen Menschen zu helfen. Damals sorgte er dafür, dass nicht mehr benötigte Fenster und Türen von den Gothaern in das zerstörte Land geliefert wurden.

Solarförderung: Weber warnt vor Kürzung

Der SPD-Landtagsabgeordnete Frank Weber hat enttäuscht auf die Entscheidung des Bundeskabinetts reagiert, die Kürzung der geplanten Förderung von Solaranlagen auf Dächern und landwirtschaftlichen Flächen auf den Weg zu bringen. „Die Auswirkungen werden wir alle im Freistaat zu spüren bekommen“, prophezeit Weber, der vor dem Verlust tausender Arbeitsplätze allein in der Thüringer Solarbranche warnt. Weber spricht von einer kurzsichtigen Entscheidung. Mit ihr werde einer der innovativsten Branchen in Mitteldeutschland massiv geschadet. Der Abgeordnete bekräftigt, dass die Sozialdemokraten die Kürzungen nicht mittragen werden – weder auf Bundes- noch auf Landesebene.

Pidde lobt krisengerechten Landeshaushalt 2010

Mittelfristig stärker sparen/Kreis- und Gemeindereform ist unverzichtbar

Mit Blick auf die angelaufenen Verhandlungen zum Haushalt 2010 lobt Finanzexperte Dr. Werner Pidde (Foto) den vom Kabinett vorgelegten Haushaltsentwurf. Pidde verteidigt die darin vorgesehene Kreditaufnahme. „In die Krise darf man nicht hineinsparen, damit deren Folgen nicht noch verstärkt werden. Deshalb ist es richtig, dass die dramatischen Steuereinbrüche des Landes und die Tarifsteigerungen beim Personal nicht bereits im Haushaltsjahr 2010 durch Kürzungen kompensiert werden sollen“, so der Finanzpolitiker. Die Kritik einzelner Interessenverbände und der Opposition am Haushaltsentwurf weist Pidde zurück. Das Land gehe bis an die verfassungsmä-

ßigen Grenzen der Verschuldung. Wer mehr Geld fordere, müsse



sagen, woher es kommen solle. Die von der FDP-Landtagsfraktion mehrfach geäußerte Kritik an der hohen Neuverschuldung nannte Pidde „dreist“. Schließlich habe die FDP auf Bundesebene

mit dem so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz unsinnige Steuergeschenke auch zu Lasten des Freistaates Thüringen durchgesetzt. „Mindestens 42 Mio. Euro der geplanten neuen Schulden gehen auf dieses Gesetz zurück.“ Pidde verweist darauf, dass mittelfristig zusätzliche Sparanstrengungen notwendig seien, um auf Dauer einen weitgehend ausgeglichenen Landeshaushalt zu erreichen. Dafür müssten in Zukunft alle Ausgaben auf den Prüfstand. Auch das von der CDU bisher ausgesprochene Tabu für eine Kreis- und Gemeindereform, verbunden mit einer Funktionalreform, ist nach seiner Auffassung dauerhaft nicht zu halten.

Hoffnung auf mehr Richterstellen

Mit Blick auf die laufenden Beratungen zum Haushalt 2010 hofft Dorothea Marx, die justizpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, auf mehr Richterstellen an den Thüringer Sozialgerichten. Sie verweist auf die im Haushaltsplan vorgesehene Erhöhung der Richterstellen bei den Sozialgerichten von 32 auf 53 Stellen. „Mit diesen zusätzlichen Stellen setzen wir ein zentrales Anliegen der SPD im Bereich Justiz um“, so Marx. Sie erinnert an die Harz IV-Klagen bei den Gerichten. Mittlerweile habe man es dort mit einer wahren „Antragsflut“ zu tun, die dringend abgearbeitet werden müsse.

Baumann warnt vor Aberkennung des Biosphärenreservat-Titels

Mit einer von der SPD-Fraktion beantragten aktuellen Stunde im Thüringer Landtag haben die

Sozialdemokraten auf die drohende Aberkennung des Unesco-Titels „Biosphärenreservat“ für



die Rhön reagiert. „Es muss gelingen, die dafür nötigen Kernzonen von insgesamt 3 Prozent der Gesamtfläche bis 2013 in allen beteiligten Ländern auszuweisen“, so SPD-Tourismusexperte Rolf Baumann. Bisher seien lediglich 2,27 Prozent der Gesamtfläche der Rhön als Kernzone ausgewiesen. Allein in Thüringen fehlen laut Baumann 700 Hektar Kernzone, damit der Freistaat die Anforderungen der Unesco erfülle. Baumann erwartet jetzt von der Landesregierung, dass sie die nötige Koordinierung mit Hessen und Bayern zielstrebig angeht. Zuerst müsse geklärt werden,

inwieweit die Landesregierung bereits aktiv geworden sei. Baumann verweist darauf, dass das Thema Tourismus ein Schwerpunkt-Thema im Koalitionsvertrag sei und man mittels der Rhön beispielhaft zeigen könne, wie sich Ökologie und Tourismus sinnvoll ergänzen könnten.

Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag
Geschäftsstelle
Tel.: 0361 37 72336
Fax: 0361 37 72417
www.spd-thl.de

FDP übt scharfe Kritik am Landeshaushalt Barth: „Auf das Notwendigste konzentrieren und das Wünschenswerte verschieben“

„Nach Monaten der Planungslosigkeit, der Verwaltung unter vorläufiger Haushaltsführung, nach wortreichen Ankündigungen und Beschwichtigungen, nach Klausursitzungen und Gremientagungen hat es die Landesregierung nun doch geschafft, dem Landtag einen Etat zur Beratung vorzulegen“, erklärte der Fraktionsvorsitzende der FDP im Thüringer Landtag Uwe Barth in der Landtagsdebatte am 25. Februar. Wenn ein Landeshaushalt den Anspruch erhebe, die Prioritäten einer Landesregierung anzuzeigen, dann sei es Priorität dieser Landesregierung, „Schulden zu machen“, so der Vorwurf der FDP-Fraktion. Knapp eine Milliarde Euro müsse sich die Landesregierung in diesem Jahr bei den Banken leihen, um die Wunschvorstellungen der Minister zu finanzieren. „Die Landesregierung gibt das Geld, was sie nicht hat, mit vollen Händen aus!“ Jeder Einzelhaushalt trage



seinen Anteil dazu bei, dass Thüringens Neuverschuldung weiter wachse, „aktueller Pegelstand: 17,5 Milliarden Euro“. Angesichts

dieser Zahlen forderte Barth die Landesregierung auf, sich „auf das Notwendigste zu konzentrieren und das Wünschenswerte zu verschieben“. „Der Geist der Sparsamkeit ist hier nicht zu Hause“, sagte der finanzpolitische Sprecher der Fraktion Lutz Recknagel mit Blick auf den Haushaltsentwurf. Nach drei Jahren ohne Neu-

verschuldung lange die Große Koalition von CDU und SPD jetzt kräftig hin. Der sogenannte „Übergangshaushalt“ weise in allen Ressorts deutliche Steigerungen von 15 bis 20 Prozent auf. „In Zeiten der Wirtschaftskrise ein wirklich starkes Stück“, stellte der Landtagsabgeordnete und Unternehmer Recknagel im Rahmen einer Podiumsdiskussion in Gotha fest. Er bemängelte die hohe Personalquote von 23 Landesbediensteten auf 1.000 Einwohner. Damit sei Thüringen „Rekordhalter“ in Deutschland. Statt, wie ursprünglich geplant, zu reduzieren, wolle das Land offenbar sogar neue Stellen in der Verwaltung schaffen. In den nächsten Wochen wird die FDP-Landtagsfraktion den Haushaltsentwurf noch genauer analysieren und

Einsparvorschläge unterbreiten. Dazu sind Mitte März zwei Haushaltsklausurtagungen unter Beteiligung von Experten geplant. Die Fraktion will dabei auch die Auswirkungen auf die Kommunen genauer analysieren. „Sie dürfen nicht zum Verlierer der Haushaltspolitik der Großen Koalition in Thüringen werden“, warnt der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dirk Bergner. Nach dem geplanten kommunalen Finanzausgleich sollen die Thüringer Kommunen nun über 90 Millionen Euro weniger an Schlüsselzuweisungen erhalten. Für viele Kommunen werde sich die Finanzsituation drastisch verschärfen, befürchtet Bergner, der selbst stellvertretender Bürgermeister ist. Bleibt es bei den bisherigen Ansätzen, stehen z.B. seiner Heimatstadt Hohenleuben 17.000 Euro weniger an Einnahmen, 40.000 Euro mehr Umlage an den Landkreis Greiz sowie ein Investitionsstau im einstelligen Millionenbereich ins Haus.

FDP möchte Ungleichbehandlung von Lehrkräften beenden Hitzing: „Zweiklassengesellschaft in den Lehrerzimmern auflösen“

„Die FDP-Landtagsfraktion möchte die ‚Zweiklassengesellschaft‘ von verbeamteten und angestellten ‚Floating-Lehrern‘ auflösen und damit zur Verringerung der Unterrichtsstundenausfälle an Thüringer Schulen beitragen“, erklärte die bildungspolitische Sprecherin Franka Hitzing in der Landtagsitzung am 25. Februar. In einem Antrag forderte die Fraktion die Landesregierung auf, über den aktuellen Stand der Verhandlungen zur Lö-

sung der Ungleichbehandlung zwischen verbeamteten und angestellten Lehrkräften zu berichten und unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um bestehende Ungleichbehandlungen zu beseitigen. Das Land müsse angestellten Lehrern das Gefühl zurückgeben, dass ihre Lehrtätigkeit als gleichwertig geachtet und anerkannt sei, so die Forderung der Landtagsvizepräsidentin Hitzing. Durch eine mögliche Erhöhung des Stun-

denumfangs sinke die Zahl der Ausfallstunden insgesamt und verbessere sich die fachliche Vertretung. Bislang werden an Thüringer Schulen zunächst die verbeamteten Lehrer für Vertretungsstunden herangezogen, unabhängig von ihrer fachlichen Qualifikation. Nicht verbeamteten „Floating-Lehrern“ ist es dagegen derzeit nicht möglich, bezahlte Vertretungsstunden zu leisten, auch wenn sie gern mehr arbeiten würden.

Straßenausbaubeiträge FDP fordert Änderung des KAG

Thüringer Kommunen soll es künftig möglich sein, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu verzichten. Das fordert die FDP-Landtagsfraktion in einem Antrag zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (Thür-KAG). Den thüringischen Kommunen soll es danach wie den Kommunen in Sachsen künftig freigestellt werden, ob sie Straßenausbaubeiträge erheben wollen oder nicht. Durch eine Änderung des KAG würde es den Kommunen ermöglicht, Beiträge – soweit es sich nicht um Erschließungsbeiträge nach dem Baugesetzbuch handelt – fakultativ zu erheben. „Die Gemeinden sollen selbst entscheiden dürfen, ob sie entsprechende Einnahmen benötigen und ihre Bürger dadurch belasten müssen“, begründet der parlamentarische Geschäftsführer und kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Dirk Bergner den Antrag, der in der Sitzung am 26. Februar nicht mehr behandelt werden konnte und nun auf der Tagesordnung des nächsten Plenums stehen wird.

Aktuelle Stunde Optionskommunen erhalten und ausbauen

Auf Antrag der FDP diskutierte der Landtag am 24. Februar in einer Aktuellen Stunde das Thema „Optionskommunen in Thüringen erhalten und ausbauen“. Vertreter aller Fraktionen im Landtag unterstrichen in der Debatte die Notwendigkeit, die Leistungen nach dem SGB II „aus einer Hand“

zu erhalten. Derzeit gibt es in Thüringen 2 und bundesweit 69 Optionskommunen. Wenn es keine rechtliche Neuregelung gibt, würde das Modell zum Ende des Jahres auslaufen. Die FDP-Fraktion hatte im Februar Experten aus Thüringer Optionskommunen sowie Leiter von ARGEn zu einer fraktionsinternen Anhörung eingeladen, um Erfahrungen mit beiden Organisa-

tionsmodellen auszutauschen. Fazit: Im Leistungsvergleich sind die „Optierer“ mit den ARGEn gleichauf, in einigen Bereichen sogar besser, was beispielsweise Kundenzufriedenheit oder Qualität der vermittelten Arbeitsplätze anbetrifft. „Allen Kommunen, die es wirklich wollen und können, sollte in Zukunft auch die Option ermöglicht werden“, fordert deshalb der sozialpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Marian Koppe.



**FDP-Fraktion
im Thüringer Landtag**
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72780
Fax: 0361 37 72705
www.thl-fdp.de

Editorial



Der Frühling ist da. Bei der aktuellen Finanzsituation des Landes mit dem Haushaltsentwurf für 2010 denke ich allerdings eher an einen stürmischen Herbst

Haushalt 2010: Viele Schulden für wenige Ideen

Am Bild des Haushaltes 2010 als ein „Übergang“, wie er durch die Landesregierung bezeichnet wird, hat unsere Fraktion die Kritik an diesem Werk fest gemacht. Es gibt derzeit weder eine Aufgabenkritik, durch die Ministerien, noch will oder kann die Regierung sagen, wohin dieser „Übergang“ denn führen soll. Für unsere Fraktion hat Carsten Meyer die Zahlen in einem größeren Zusammenhang gestellt. Für Bündnisgrüne muss sich ein Land auch daran messen lassen, ob dem Klimaschutz oder dem demografischen Wandel angemessen begegnet wird. Wir sind bereit anzuerkennen, dass grobe Fehlleistungen der vergangenen Jahre korrigiert wurden. Es gibt mehr Geld für die Kinderbetreuung, erzwungen durch das drohende Volks-

und einen frostigen Winter. Der Haushalt ist geprägt von Rekordverschuldung, massiver Ausgabensteigerung und ohne jeglichen Willen zur Umsetzung von Einsparpotenzialen. Strukturformen werden, wie so oft, in die Zukunft verschoben, als ob die jetzige Wirtschaftskrise nur ein konjunktureller Ausrutscher sei. Auch die Landesregierung hat noch nicht verstanden, dass wir in einer strukturellen Krise leben: Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt- und gesellschaftliche Krise als Ergebnis einer unregelmäßig, globalisierten und durch den Finanzsektor dominierten Wirtschaftsweise. Wir Grüne den-

ken einen Schritt weiter und haben mit dem Green New Deal Antworten auf die Mehrfachkrise entwickelt. Dazu gehört natürlich auch eine nachhaltige Finanzpolitik, die den kommenden Generationen nicht die Schulden von heute aufbürdet. Dies immer wieder klar zu machen und den Landtag mit neuen, frischen Ideen zu bereichern, ist die Aufgabe von uns Grünen. Das hat auch die im letzten Plenum mit regem Interesse aufgenommene Debatte über die Absenkung des Wahlalters gezeigt.

*Ihre Anja Siegesmund,
Fraktionsvorsitzende*

begehren, und auch mehr Geld für einige Kultureinrichtungen. Aber die Energiewende wird nicht eingeläutet. Ein Förderprogramm für Fotovoltaik schmückt den Wirtschaftsminister, aber für Windenergie, für neue Heizsysteme oder auch nur eine Optimierung des Energieverbrauches in den Landesliegenschaften ist praktisch kein Geld vorgesehen. Die schlechte Haushaltslage der Gemeinden und Kreise ist bekannt. Die Landesregierung traut sich nicht, hierzu eine klare Haltung zu beziehen. Wir haben dazu eine klare Haltung. Das Land hat entweder dafür zu sorgen, dass mit einer ausreichenden Ausstattung der Kommunen vermieden wird, dass derzeit dutzende Gemeinden keine sinnvollen Haushalte auf-

stellen können oder die Regierung muss den Mut haben, mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Bürgerinnen und Bürgern in die Diskussion einzutreten, welche Leistungen in der Zukunft in Frage gestellt werden. Denn auch wir wissen, dass die Finanzkrise noch lange nicht vorbei ist. Die Fördermittel aus dem Solidarpakt und auch einige EU-Förderprogramme laufen in den nächsten Jahren aus. Diese Einnahmeausfälle müssen ausgeglichen werden und wir müssen vermeiden, weiter Schulden anzuhäufen. Unsere Fraktion ist bereit, auch diese unangenehmen Fragen mit zu beantworten. Von der Regierung sind derzeit jedenfalls keine abgestimmten Vorschläge erkennbar.

Grüne Fraktion unterstützt Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik

Immer wieder wurde in letzter Zeit von der schwarz-roten Regierung suggeriert, das Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik würde nicht mehr gebraucht. „Das allerdings sehen wir ganz anders“, betont Astrid Rothe-Beinlich, Parlamentarische Geschäftsführerin der Bündnisgrünen. Schließlich be-



finden sich derzeit zwei Kitagesetzentwürfe zur Beratung in den Ausschüssen. Dabei handelt es sich um den von uns und der Linken eingebrachten Volksbegehrensgesetzentwurf und zum ändern um den von CDU-SPD. Die öffentliche Anhörung zu beiden findet am 18. März im Bildungsausschuss statt. Noch ist völlig unklar, wie die weiteren Beratungen verlaufen. Um alle Ziele des Volksbegehrens tatsächlich auch Gesetz werden zu lassen, braucht es weiterhin den Druck von der Straße. Insofern ist jede Unterschrift ein Garant dafür, dass die Standards, die wir für Kinder, Eltern und ErzieherInnen anstreben, auch Wirklichkeit und nicht weiter zerredet werden. Und dass mindestens die CDU in dieser Frage wankelmütig ist, mussten wir ja oft genug erleben. Daher: Jede Unterschrift zählt! Unterschriftenbögen gibt es in allen grünen Wahlkreisbüros und unter: www.bessere-familienpolitik.de

„Mitbestimmen statt Meckern“

Wer möchte, dass Jugendliche sich verstärkt in die Gesellschaft einbringen können, muss sie auch mitentscheiden lassen. Jugendliche entscheiden mit 16 Jahren vieles, sie dürfen ein Mofa fahren, sind strafmündig, wählen ihre Religion frei und manches mehr. Aber bei der Wahl in ihrer Gemeinde oder ihrem Landkreis sollen sie kein Kreuzchen machen? Wir GRÜNE meinen – Jugendliche können eine Wahlentscheidung treffen! Darum haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Gesetzentwurf zur Absenkung des aktiven Wahlalters bei Kommunalwahlen auf



16 Jahre in den Landtag eingebracht. Damit ist ein wichtiger Anfang gemacht, unsere demokratische Kultur zu beleben, weiterzuentwickeln und das Wissen über politische Entscheidungsprozesse zu verbreiten. Politikerverdrossenheit und Unzufriedenheit junger Menschen kann man durch Angebote und Mitbestimmung begegnen. Jugend- und Entwicklungsforschungen belegen, dass es kaum Unterschiede zwischen den sozialen Kompetenzen von 16- und 18jährigen gibt. So beginnt zum Beispiel für den Großteil der Jugendlichen bereits mit 16 Jahren



Klein-Kopenhagen in Erfurt – nach dem Scheitern des Weltklimagipfels (Astrid Rothe-Beinlich auf einer Demo in der dänischen Hauptstadt) ist auch im Thüringer Landtag wenig Bereitschaft zu spüren, konkrete Schritte zur Erreichung der allgemein anerkannten Klimaziele zu gehen.

nach Abschluss der Schulzeit die berufliche Zukunft. Wem zugestanden wird, derartig weit reichende persönliche Entscheidungen zu treffen, muss auch politisch mitbestimmen dürfen. Geben wir ihnen diese Chance.

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Thüringer Landtag**
 Pressestelle
 Tel.: 0361 37 72666
 Fax: 0361 37 72665
www.gruene-fraktion.thueringen.de

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
E-Mail:
buergerbeauftragte@landtag.
thuringen.de
www.bueb.thuringen.de

Die Landesbeauftragte für die
Unterlagen des
Staats Sicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
E-Mail:
tlstu@t-online.de
www.thuringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den
Datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
E-Mail:
poststelle@datenschutz.thuringen.de
www.thuringen.de/datenschutz

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint
monatlich in Form eines
Newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei
sowohl über den Postweg als
auch über E-Mail möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier
bestellen möchten, schreiben
Sie uns eine E-Mail an:

Pressestelle@Landtag.Thuringen.de

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004



Die Bürgerbeauftragte

Bürgersprechstunden im 1. Halbjahr 2010

Die Bürgerbeauftragte führt in
Wahrnehmung ihrer Aufgaben
u. a. Bürgersprechstunden ge-
mäß § 4 Abs. 1 Thüringer Bür-
gerbeauftragtengesetz (Thür-
BüBG) durch.

Im 1. Halbjahr 2010 sind an
nachfolgend aufgeführten Ta-
gen ganztägige Bürgersprech-
stunden vorgesehen. Selbst-
verständlich können auch au-
ßerhalb dieser Termine nach
Vereinbarung andere Termin-
absprachen getroffen werden.

März

09.03.2010
Dienststelle Thüringer Landtag
16.03.2010
Landratsamt Eichsfeld Heilbad
Heiligenstadt
23.03.2010
Dienststelle Thüringer Landtag
30.03.2010
Landratsamt Saalfeld/Rudol-
stadt

April

06.04.2010
Dienststelle Thüringer Landtag
13.04.2010
Landratsamt Sonneberg
20.04.2010
Dienststelle Thüringer Landtag
27.04.2010
Stadtverwaltung Gera

Mai

04.05.2010
Dienststelle Thüringer Landtag
11.05.2010
Stadtverwaltung Eisenach
18.05.2010
Dienststelle Thüringer Landtag
25.05.2010
Dienststelle Thüringer Landtag

Juni

01.06.2010
Landratsamt Kyffhäuserkreis
Sondershausen
08.06.2010
Dienststelle Thüringer Landtag
15.06.2010
Landratsamt Schmalkalden-
Meiningen
22.06.2010
Dienststelle Thüringer Landtag
29.06.2010
Dienststelle Thüringer Landtag

Der Bericht über die Tätigkeit
der Bürgerbeauftragten im
Jahr 2009 wird am 10. März
2010 der Präsidentin des Thür-
inger Landtags, Birgit Die-
zel, im Rahmen einer öffent-
lichen Pressekonferenz über-
geben.

Der Datenschutz- beauftragte

Geschwindigkeitskontrolle per Video unzulässig?

Die Entscheidung des Bun-
desverfassungsgerichts vom
11. August 2009 (Az.: 2 BvR
941/08), mit der im Ergebnis
die von der Polizei in Mecklen-
burg-Vorpommern per Video
vorgenommenen Geschwin-
digkeitskontrollen als ver-
fassungswidrig erklärt wurden,
hat auch in Thüringen
für großes Aufsehen gesorgt.
Viele erappte Verkehrssünder
fragten sich, ob die per Video
in Thüringen hergestellten
Beweisfotos nicht auch gegen
die Verfassung verstoßen und
daher eine gerichtliche An-
fechtung der ergangenen Be-
scheide aussichtsreich wäre.
So erreichten den TLfD Anfra-
gen von Betroffenen. Aller-
dings war bei genauem Hin-
sehen nur eine scheinbare
Vergleichbarkeit mit dem
vom Bundesverfassungsge-
richt entschiedenen Fall ge-
geben. Die Kritik des Bundes-
verfassungsgerichts richtete
sich gegen die verdachts-
lose personenbezogene Er-
fassung aller Fahrzeuge auf
einem bestimmten Strecken-
abschnitt, ohne dass es da-
für eine gesetzliche Grund-
lage gibt, weil eine Verwal-
tungsvorschrift für einen sol-
chen Eingriff nicht ausreicht.
Davon zu unterscheiden ist je-
doch eine anlassbezogene Er-
fassung des Fahrzeugs per Vi-
deo oder auch durch ein Foto.
Rechtsgrundlage hierfür bil-
det § 100h Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3
der StPO in Verbindung mit
§ 46 OWiG, da hier immer der
Verdacht einer Ordnungswi-
drigkeit vorliegen muss. Die-
ser Verdacht ergibt sich ent-
weder durch das zu schnelle
Durchfahren einer Messst-
recke oder aber durch Beobach-
tung eines Polizeibeamten,
der im Verdachtsfall die Auf-
nahmen auslöst. Eine anlass-
lose personenbezogene Er-
fassung von Kraftfahrzeugen
zur Geschwindigkeitskontrol-
le konnte der TLfD bislang in
Thüringen nicht feststellen.
Obwohl vereinzelt Amtsge-
richte entsprechenden Klagen
stattgegeben haben, hat sich
jetzt das Thüringer Oberlan-
desgericht (vom 06.01.2010,
Az.: 1 Ss 291/09) sehr deutlich
positioniert und ein Beweiser-
hebungsverbot nur bei einer
verdachtsunabhängigen Ver-
kehrsaufzeichnung angenom-
men.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Jugendwerkhöfe in der DDR

Die Landesbeauftragte hat eine
wissenschaftliche Arbeit von Frau
Ute Jahn herausgegeben, in der
das traurige Kapitel der DDR-Ju-
gendwerkhöfe beleuchtet wird.
Es handelt sich um die Veröffent-
lichung einer FHS-Diplomarbeit,
die vor allem einen Beitrag leistet
für die Beratungstätigkeit der Be-
hörde und einen Bezug hat zu den
aktuellen, bundesweiten Fragen
und Debatten der Wiedergutmach-
ung von Zwangsmaßnahmen
gegenüber Jugendlichen. Die Ju-
gendwerkhöfe waren in der DDR
Einrichtungen der staatlichen
Jugendhilfe zur Umerziehung
„schwererziehbarer“ Jugendli-
cher mittels strenger Reglemen-
tierung des Alltags, produktiver
Arbeit und politischer Indoktrina-
tion. Jahn verwendete neben zeit-
genössischer und aktueller päda-
gogischer Literatur auch wesent-
liche Aktenbestände, darunter des
Thüringer Jugendwerkhofes Hum-
melshain, sowie ihre Erkenntnisse
aus Gesprächen mit Betroffenen
und Mitarbeitern von Jugend-
werkhöfen.

Jahn hat ihre informationsreiche
Arbeit wie folgt strukturiert: DDR-
Persönlichkeitsbilder und Erzie-
hungsziele, das Jugendhilfesys-
tem und die Heimerziehung in
seiner historischen Entwicklung,
„abweichendes“ jugendliches Ver-
halten im Kontext und in seiner
Entwicklung v.a. der 70er und
80er Jahre, die Jugendwerkhöfe
als Hauptinstrument der „Umer-
ziehung“ in ihrer rechtlichen,
bildungspolitischen und personellen
Entwicklung mit ausführlichen
Beschreibungen zur Alltagssitua-
tion während und nach dem Auf-
enthalt dort sowie als Sonderform
der Geschlossene Jugendwerkhof
Torgau. Das Interview mit der Thür-
ingerin Kathrin Begoin über ihre
Lebenserfahrungen in Jugend-
werkhöfen (darunter im geschlos-
senen) rundet die Informationen
auf eindringliche Weise ab.

Noch heute wird die Thematik in
den Kreisen der Betroffenen kon-
trovers diskutiert. Auf der einen
Seite von ehemaligen „Zöglingen“,
unter denen viele ihre Erfahrungen
im Jugendwerkhof nie umfassend
verarbeiten konnten und die unter
den Auswirkungen vor allem in so-
zialer und beruflicher Hinsicht bis
heute zu leiden haben, und auf der
anderen Seite von denjenigen, die
diese autoritäre Form der Diszipli-
nierung noch immer oder auch
wieder befürworten.

**Der Band kann über die Landesbe-
auftragte bezogen werden.**